Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Einleitung 15

§ 1 Teilkündigungen im Arbeitsrecht 15
A. Das Urteil des BAG vom 6.11.2007 15
B. Folgen und Wirkungen 16
C. Fallbeispiel 17
D. Mögliche Motive für eine einseitige Geltungsbereichsbeschränkung 18
E. Bisheriger Stand der Literatur 19
§ 2 Gang der Untersuchung 19

Kapitel 2: Begriff und Einordnung der Teilkündigung 21

§ 1 Definition und Voraussetzungen der Teilkündigung 21
A. Abgrenzung zwischen Änderung und Beendigung 22
B. Abgrenzung zu anderen Rechtsinstituten 23
I. Abgrenzung zur Änderungskündigung 23
II. Abgrenzung zum Widerruf 25
1. Kündigungsfrist als Abgrenzungsmerkmal? 26
2. Gemeinsamkeiten beim Arbeitsvertrag 27
3. Unterschiede zwischen Widerrufs- und Teilkündigungsvorbehalt bei kollektivrechtlichen Normenverträgen 28
III. Abgrenzung zur Störung der Geschäftsgrundlage 30
§ 2 Die Teilkündigung des Arbeitsvertrags 31
A. Die vorbehaltslose Teilkündigung 31
I. Allgemeine Meinung: Unzulässigkeit 31
II. Die Gegenansichten 33
III. Stellungnahme 34
B. Die vorbehaltene Teilkündigung 35
§ 3 Die Teilkündigung des Tarifvertrags 36
A. Grundsatz: Unzulässigkeit 36
B. Vorbehaltende Teilkündigung 38
C. Zulässigkeit einer Anschlusskündigung und einer Anschlussteilkündigung 38
I. Die Anschlusskündigung als »Eventualkündigung« 39
II. Grundfall: Anschlusskündigung 40
III. Besonderheiten der Anschlussteilkündigung 40
§ 4 Zusammenfassung 2. Kapitel 41

Kapitel 3: Kündigung und Teilkündigung der Betriebsvereinbarung 43

§ 1 Gemeinsamkeiten mit der Vollkündigung 43
A. Voraussetzungen der ordentlichen Kündigung 43
I. Aktive Erklärungszuständigkeit 44
II. Passive Erklärungszuständigkeit 45
III. Wegfall des Vertragspartners 46
1. Herrschende Meinung: Kündigung gegenüber allen Arbeitnehmern 46
2. Kritik 47
3. Aufrechterhaltung nur bei vorübergehender Betriebsratslosigkeit 49
a. Stellungnahme 49
b. Folgen 50
B. Rechtsfolge und Nachwirkung 52
C. Besonderheiten bei außerordentlicher Kündigung 53
§ 2 Teilkündigung einer Betriebsvereinbarung 55
A. Die Lösung des BAG 55
I. Zugrunde liegendes Ordnungsgefüge 56
II. Ausdrücklich vereinbartes Äquivalenzgefüge 56
B. Kritik 57
I. Ordnungsgefüge 58
II. Kompromisscharakter der Regelungen (»Äquivalenzgefüge«) 58
III. Stellungnahme 59
1. Zur vermeintlichen Rechtsunsicherheit 59
2. Zum Gleichlauf mit der Teilnichtigkeit 60
3. Zum Gleichlauf mit der Teilnachwirkung 60
4. Zur Gegenseitigkeit der Regelungen 61
a. Normativer Teil der Betriebsvereinbarung 61
b. Schuldrechtlicher Teil der Betriebsvereinbarung 63
C. Rechtsfolgen 63
I. Grundsatz 63
II. Nachwirkung 64
1. Angelegenheiten der freiwilligen und der erzwingbaren Mitbestimmung 64
2. Teilmitbestimmte Angelegenheiten 64
a. Bestimmung der Änderungsabsicht 65
b. Kritik 65
aa. Bestimmung der Änderungsabsicht als Beweisproblem 66
bb. Erklärungserfordernis gesetzlich nicht vorgesehen 67
cc. Gespaltene Erklärungszuständigkeit 67
D. Anschlusskündigung 68
E. Formen 68
I. Teilkündigung einzelner Regelungen, Teilkündigung i.e.S. 69

1. Grundsatz 69
2. Insbesondere: Kündigung freiwilliger Leistungen 70
a. Gesamtvergütung 70
b. Korrektur der Rechtsprechung 71
c. Stellungnahme 71
d. Keine Änderungsabsicht bei Einführung eines Aliuds 73
e. Zwischenergebnis 74
II. »Unechte« Teilkündigung 74
III. Teilkündigung aufgrund vertraglicher Vereinbarung 75
IV. Die außerordentliche Teilkündigung 75
V. Die Teiländerungskündigung 75
VI. Die Anschlussteilkündigung 76
§ 3 Zusammenfassung 3. Kapitel 76

Kapitel 4: Die Einschränkung des betrieblichen Geltungsbereichs durch Teilkündigung 78

§ 1 Betriebliche Struktureinheiten als selbständige Regelungskomplexe 78
A. Untrennbarkeit von inhaltlicher Regelung und betrieblichem Geltungsbereich 78
B. Kein Verstoß gegen die erforderlichen Kriterien 80
I. Ordnungsgefüge 80
II. Kompromisscharakter (»Äquivalenzgefüge«) 81
§ 2 Rechtliche Hindernisse 82
A. Das Gleichheitsproblem 82
I. Dogmatische Einordnung des allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatzes 84
II. Unternehmensweite Geltung 86
1. Allgemeiner Gleichbehandlungsgrundsatz 86
2. Betriebsverfassungsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz 89
III. Konzernweite Geltung 90
1. Allgemeiner Gleichbehandlungsgrundsatz 90
2. Betriebsverfassungsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz 92
IV. Voraussetzungen bei der Einschränkung des betrieblichen Geltungsbereichs durch Teilkündigung 94
V. Rechtfertigung 95
1. Kontrolldichte 96
a. Bloße Willkürkontrolle als Ausgangspunkt 96
b. Der Maßstab des Art. 3 Abs. 1 GG: die »neue Formel« des BVerfG 96
c. Teilweise Übertragung auf den arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz 98
aa. Zweckermittlung 99

bb. Zweckentsprechung 100
d. Übertragung auf die Teilkündigung des betrieblichen Geltungsbereichs 101
aa. Die geltungsbereichseinschränkende Teilkündigung als sachverhaltsbezogene oder personenbezogene Ungleichbehandlung 102
bb. Fehlende Möglichkeit der Einflussnahme 104
cc. Auswirkung auf die Kontrolldichte 104
2. Mögliche Beispiele für eine Rechtfertigung 105
a. Gründe der Wirtschaftlichkeit 106
b. Fortbestand des Arbeitsverhältnisses 107
c. Arbeitsmarktbedingte Durchsetzungsfähigkeit der Arbeitnehmer 108
d. Betriebsratslandschaft 109
e. Änderung der Sach- oder Rechtslage 110
3. Konsequenz für die Teilkündigung: sachlicher Grund erforderlich 110
VI. Rechtsfolgen 111
1. Unwirksamkeit der Teilkündigung 111
2. Herstellung der Gleichbehandlung 112
a. Gleichheitswidrige Kündigung begünstigender Betriebsvereinbarungen 112
b. Gleichheitswidrige Kündigung belastender Betriebsvereinbarungen 113
3. Schadensersatz 114
B. Das Zuständigkeitsproblem 115
I. Drohender Verstoß gegen die Zuständigkeitsverteilung 115
1. Voraussetzungen des § 50 Abs. 1 BetrVG 116
2. Auswirkung auf die betriebsbezogene Teilkündigung 118
II. Wege zur Wahrung der Zuständigkeit 120
1. Verschiebung der Regelungsebene 120
a. Angelegenheiten der erzwingbaren Mitbestimmung 121
aa. Nachträgliches Entstehen der Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats 121
bb. Nachträglicher Wegfall der Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats 123
[1] Keine Nichtigkeit der Betriebsvereinbarung 123
[2] Lösung über § 77 Abs. 6 BetrVG (analog) 124
[3] Aufrechterhaltung als Gesamtbetriebsvereinbarung mit Ablösemöglichkeit 125
[4] Sektorale Teilung und Herabstufung zur Einzelbetriebsvereinbarung 125
[5] Stellungnahme 125

b. Angelegenheiten der freiwilligen Mitbestimmung und teilweise mitbestimmte Angelegenheiten 130
aa. Keine Unwirksamkeit 130
bb. Aufrechterhaltung 130
cc. Kein Kündigungserfordernis vor Ablösung 131
c. Auswirkungen auf die Teilkündigung 132
2. Erhaltung der Regelungsebene 133
III. Kein Verbot der einvernehmlichen Geltungsbereichsbeschränkung 133
IV. Rechtsfolge des Zuständigkeitsverstoßes 134
C. Zwischenergebnis 135
§ 3 Herauskündigen von Betriebsteilen aus einer Einzelbetriebsvereinbarung 135
A. Definition des Betriebsteils 135
B. Hindernisse für die Teilkündigung 137
I. Allgemeine Voraussetzungen einer Teilkündigung 137
1. Ordnungsgefüge 137
2. Kompromisscharakter der Regelungen (»Äquivalenzgefüge«) 138
II. Gleichbehandlung 138
1. Gleichbehandlung innerhalb desselben Betriebs 138
2. Überbetriebliche Gleichbehandlung 139
III. Zuständigkeit 140
C. Zwischenergebnis 140
§ 4 Herauskündigen eines Unternehmens aus einer Konzernbetriebsvereinbarung 140
A. Allgemeine Voraussetzungen einer Teilkündigung 141
B. Gleichbehandlung 141
C. Zuständigkeit 142
D. Ergebnis 142
§ 5 Zusammenfassung Kapitel 4 142

Kapitel 5: Die Teilkündigung beim Betriebsübergang 144

§ 1 Fortgeltung als »Inhalt des Arbeitsverhältnisses« 145
A. Strenge Transformation 146
B. Annäherung an die kollektivrechtliche Fortgeltung 147
C. Tendenz in der Rechtsprechung 148
D. Stellungnahme 150
§ 2 Kündigung bei Fortgeltung als »Inhalt des Arbeitsverhältnisses« 150
A. Grundsätzliche Anerkennung einer besonderen Kündigungsmöglichkeit 150
I. Aktive und passive Erklärungszuständigkeit 151

1. Erklärungszuständigkeit der Betriebsparteien beim Veräußerer 151
2. Erklärungszuständigkeit der Arbeitsvertragsparteien 152
3. Erklärungszuständigkeit der Betriebsparteien beim Erwerber 152
II. Das besondere Kündigungsrecht als Teilkündigung des Arbeitsvertrags 153
B. Die Teilkündigung der übergegangenen Betriebe bzw. Betriebsteile durch den Erwerber 154
I. Verstoß gegen die Zuständigkeitsordnung 154
II. Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz 154
1. Maßstab § 75 Abs. 1 BetrVG 154
2. Voraussetzungen 155
3. Rechtfertigung (insb. durch Vereinheitlichungsinteresse) 156
4. Ergebnis 157
§ 3 Die kollektivrechtliche Fortgeltung 158
A. Merkmale der kollektivrechtlichen Fortgeltung 158
B. Verhältnis zu § 613a Abs. 1 S. 2-4 BGB 158
I. § 613a Abs. 1 S. 2 BGB als abschließende Regelung 158
II. Vorrang der kollektivrechtlichen Fortgeltung 159
III. Renaissance des Vorrangs der individualrechtlichen Fortgeltung? 162
1. Sukzessionsmodell 162
2. Stellungnahme 163
IV. Zwischenergebnis 163
C. Betriebsidentität als Voraussetzung 164
D. Betriebslose Erwerber 164
I. Ehemals herrschende Meinung 165
II. Ansicht des Bundesarbeitsgerichts 165
III. Kritik und Stellungnahme 167
1. Vermeintliche Aufgabe der Identitätslehre 167
2. Verstoß gegen die Grundsätze der Rechtsgeschäftslehre 168
3. Kein Gleichlauf mit dem Übergangsmandat des Betriebsrats 169
4. Verstoß gegen § 50 Abs. 1 BetrVG 170
5. Alternative Lösungsmöglichkeiten 171
a. Bindung an die Veräußerervereinbarung 171
b. Transformation 172
c. Fortgeltung als Einzelbetriebsvereinbarungen 173
6. Argumente für die Auffassung des BAG 173
E. Betriebsratslose Erwerber 174
F. Betrieblich mitbestimmte Erwerber 176
I. Einzelbetriebsvereinbarung und Gesamtbetriebsvereinbarung 176
1. Grundfall: Nebeneinander von Einzelbetriebsvereinbarungen 176
2. Normkollision auf der überbetrieblichen Regelungsebene 177
a. Gegenstandslosigkeit 177

b. Kollisionsvermeidung durch Beschränkung des Geltungsbereichs (Pluralitätslösung) 178
c. Kollisionsauflösung zu Gunsten des Erwerbers (Konkurrenzlösung) 179
d. Stellungnahme 180
aa. Bedenken gegen die Kollisionsauflösung zu Gunsten des Erwerbers 180
bb. Bedenken gegen die Kollisionsvermeidung durch Beschränkung des Geltungsbereichs 182
3. Differenzierende Ansicht 183
II. Sonderfall: Konzernbetriebsvereinbarung 185
1. Freiwilligkeit der Errichtung 186
2. Abweichung wegen Personenwechsel auf Arbeitgeberseite 187
3. Zwischenergebnis 188
§ 4 Die Kündigung normativ fortwirkender Betriebsvereinbarungen durch den Erwerber 188
A. Angelegenheit in der Zuständigkeit des Einzelbetriebsrats 188
B. Angelegenheit in der Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats 189
I. Unternehmenseinheitliche Angelegenheiten 189
II. Überbetriebliche Angelegenheiten 190
III. Vereinheitlichung auf »null« 191
C. Fazit 192
§ 5 Die Teilkündigung der zu veräußernden Betriebe und Betriebsteile durch den Veräußerer 193
A. Interessenlage 193
B. Fehlende Kompetenz für »fremde« Betriebe 194
I. Die BAG-Entscheidung zur Betriebsvereinbarung »zu Lasten des Erwerbers« 194
II. Übertragung auf die Kündigung und Teilkündigung 196
1. Zustimmungserfordernis 196
2. Pflicht zur Teilkündigung? 197
C. Die Teilkündigung des betrieblichen Anwendungsbereichs als Vereinheitlichungsinstrument 198
I. Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes bei der Zustimmung des Erwerbers 198
1. Gruppenbildung und Ungleichbehandlung 198
2. Rechtfertigung durch Vereinheitlichungsinteresse 199
II. Teilkündigung bei teilmitbestimmten Betriebsvereinbarungen 200
1. Wirksamwerden vor dem Betriebsübergang 200
2. Wirksamwerden im Zeitpunkt des Betriebsübergangs (übergangssynchrone Teilkündigung) 201
a. Veräußererseite 201
b. Erwerberseite 201
3. Kündigung nach Transformation zulässig 202

4. Zwischenergebnis 203
III. Alternativen 203
1. Rückwirkende Betriebsvereinbarung 204
2. Überleitungsvereinbarung 205
3. Zwischenergebnis 205
§ 6 Exkurs: Die Teilkündigung des Erwerbers nach Ansicht der herrschenden Meinung 206
A. Vermeidung der Erstreckung auf hinzukommende Betriebe oder Betriebsteile 206
B. Verstoß gegen den betriebsverfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz 207
C. Verstoß gegen die Zuständigkeitsverteilung 208
D. Alternative: Widerrufsvorbehalt 209
E. Zwischenergebnis und Rückschlüsse auf die Konstruktion der normativen Fortgeltung 210
§ 7 Zusammenfassung 5. Kapitel 211

Anhang: Formulierungsbeispiele 214

§ 1 Einfache Teilkündigung 214
§ 2 Teilmitbestimmte Betriebsvereinbarung 214
§ 3 Betriebsbezogene Teilkündigung 215
§ 4 Übergangssynchrone Teilkündigung 216
§ 5 Beschränkung auf bestehende Betriebe 216

Literaturverzeichnis 219

Stichwortverzeichnis 233